

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Amtsamts Riesa und des Hauptzollamts Melken.

Postfachkonto: Dresden 1533  
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 301.

Sonnabend, 27. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und in voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 2. mm große, 4 mm hohe Schriftgröße (6 Zeilen 25 Gold-Pfennige, die 89 am breiten Reflektortypus 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Hemmlichter, Vahatt, Licht, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Befüllungsart: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Wie die Alliierten „Friedenspolitik“ treiben.

### Die abgelehnte Räumung Kölns.

Paris. Nach Beendigung des Ministerrats ist der Presse am Quai d'Orsay folgende Mitteilung gemacht worden: Ministerpräsident Herriot hat im Laufe der Sitzung seinen Kollegen von der Note Kenntnis gegeben, die er am 22. Dezember über die

Ausrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone von der englischen Regierung erhalten hat. Er hat seinen Kollegen den Inhalt eines Memorandums mitgeteilt, in dem die französische Regierung feststellt, daß die aus Deutschland erhaltenen Nachrichten schon jetzt genügen, um zu beweisen, daß es nach dem Friedensvertrag von Versailles unmöglich sei, die Räumung am 10. 1. vorzunehmen. Der Inhalt dieses Memorandums ist von den Ministern gebilligt worden. Uebrigens, so habe Herriot mitgeteilt, könnten die von der Interalliierten Militärkontrollkommission neu entdeckten verheimlichten Waffenlager (N) nur die Gründe für die von der französischen Regierung vertretene These verstärken. Die Verhandlungen der Alliierten über diese Frage würden im größten Einvernehmen fortgesetzt werden.

### Frankreich und England einig.

#### Der Notenwechsel.

Paris. Die französische Regierung hat die vom Kabinettsrat gebilligte Note über die Räumung der Kölner Zone dem englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe, als Antwort auf die englische Note angeteilt. Echo de Paris ist der Meinung, es ergäbe sich aus dem Inhalt der beiden Noten, daß, obwohl die beiden Regierungen darüber einig seien, die Besetzung der Kölner Zone am 10. Januar nicht aufzuheben, doch eine Meinungsverschiedenheit über das einzuschlagende Verfahren bestehe. Das Kabinettsrat von London schlage vor, um die Verhinderung der Besetzung zu rechtfertigen, solle nur von den Verleugnerheiten gesprochen werden, die man den Kontrollkommissionen bereitet habe. Die englische Regierung wolle Deutschland beweisen, daß sie sich eine Meinung noch nicht gebildet habe, und daß sie erst Stellung nehmen werde, wenn der von der Kontrollkommission zu erwartende Schlussbericht vorliege. Die französische These sei die folgende: Auf Grund der bereits vorliegenden Teilberichte könne Deutschland schon jetzt der Einhaltung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages beschuldigt werden. Es sei deshalb das Beste, die Botschafterkonferenz zu beauftragen, der deutschen Regierung den Bescheid zu notifizieren, die Kölner Zone so lange besetzt zu halten, bis die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt sind. Echo de Paris ist der Ansicht, daß sich leicht ein Kompromiß auf folgender Grundlage finden lassen werde: Man könne den Deutschen erklären, die Kölner Zone werde im Mai geräumt, und als Kompensation werde man die gleichzeitige Räumung des Ruhrgebietes anbieten.

Das Journal ist weniger optimistisch und erklärt, im Augenblick könne von einem Kompromiß nicht die Rede sein. Man dürfe mit Deutschland nicht verhandeln, sondern müsse ihm die Maßnahmen mitteilen, die es zu ergreifen habe. Das Blatt ist davon überzeugt, daß die durch die französische Note eingeleitete Verhandlung unter den Alliierten nur beweise, welche wichtige Entscheidung die Botschafterkonferenz zu treffen habe. Einige Morgenblätter wollen wissen, daß die belgische Regierung den Standpunkt der französischen Regierung teile.

### Eine deutsche Verwahrung.

Berlin. Die der französischen Presse gegebene Mitteilung, wonach der französische Ministerrat bereits jetzt die Unmöglichkeit, nach dem Friedensvertrag von Versailles die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar vorzunehmen, festgestellt hat, hat in weitesten Schichten der öffentlichen Meinung Deutschlands außerordentliches Befremden und tiefe Erregung hervorgerufen. In der im gleichen Communiqué enthaltenen Mitteilung, daß von der Interalliierten Militärkontrollkommission bislang verheimlichte Waffenlager neu entdeckt seien, hört WTB von unterrichteter Seite: Es ist hier vollkommen unerfindlich, inwiefern behauptet werden kann, es sei während der Generalinspektion das Vorhandensein von neuen, bisher verheimlichten Waffenlagern festgestellt worden. Es kann nur immer wieder mit aller Bestimmtheit erklärt werden, daß bei den fast 1800 Kontrollbesuchen, die bisher erfolgt sind, niemals überprüfbar oder unzulässige Waffen, sei es bei der Reichswehr, sei es bei der Polizei, gefunden worden sind.

### Heute Sitzung der Botschafter-Konferenz.

Paris. Die Botschafterkonferenz tritt, wie Savas berichtet, heute vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um von dem Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission Kenntnis zu nehmen auf Grund der

von der Kontrollkommission gelieferten Teilberichte über die Generalinspektion in Deutschland. Es sei wahrscheinlich, daß die Botschafterkonferenz sich über einen Schritt der alliierten Botschafter in Berlin einig werde, die im Namen ihrer Regierungen eine Note überreichen würden, über deren Inhalt man sich verständigen werde. Diese Note werde aber jedenfalls nicht vor den ersten Tagen des Januar überreicht werden.

Paris. (Kunstsprache.) Fast die gesamte Morgenpresse sucht die Botschafter, die heute vormittag zu einer Konferenz über die in Deutschland durchgeführte Generalinspektion zusammenzutreten, zu beeinflussen. Es wird berichtet, daß Ministerpräsident Herriot gestern den Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission, General Walsh, empfangen habe, und daß dieser vielleicht heute der Botschafterkonferenz Bericht erstatten werde. Des ferneren läßt der Quai d'Orsay mitteilen, daß unter irgend einer Form die französische Regierung demnach die Ergebnisse der vorläufigen Berichte der Kontrollkommission veröffentlichen lassen werde. Eine besonders drohende Sprache führt Matin. Er kann zwar nur die angeblichen Verfehlungen anführen, von denen man seit Tagen spricht, erklärt aber trotzdem, die Kölner Zone werde nicht geräumt werden. Die Inspektionen werden fortgesetzt. Es würde selbst angebracht sein, die Rechte und die Machtbefugnisse der Kontrollkommission zu erweitern, um die Kontrolle wirksamer zu gestalten. Es handle sich nicht darum, langjährige Formalitäten zu beenden, wie einige annehmen. Man mühte im Gegenteil Deutschland durch entsprechende Maßnahmen entwaffnen. Diese Maßnahmen würden erst dann wirkungsvoll sein, wenn sie von Sanktionen begleitet seien. Die öffentliche Meinung, die jetzt aufgeklärt sei, werde keine Schwäche seitens der Regierung dulden.

### Senkelei der französischen Presse.

Paris. Quotidien, der sich bis jetzt in der Frage der Räumung der Kölner Zone reserviert verhalten hatte, veröffentlicht heute einen Artikel, in dem er erklärt, die Entscheidung von verheimlichten Waffen habe die Räumung der Kölner Zone unmöglich gemacht. Alle Welt werde Frankreich, England und Belgien zustimmen und verstehen, daß sie augenblicklich nicht geneigt seien, die militärischen Forderungen aufzugeben, die sie in Händen halten. Es sei sehr natürlich, daß Deutschland seine vollkommene Freiheit wieder erlangen wolle und bitter enttäuscht sei über die Verlängerung der Besetzung von Köln. Es wäre für ein Land nicht würdig zu leben, wenn es nicht seine Integrität wieder zurückerobern würde.

Das Blatt schreibt weiter: Wir Franzosen erwarten ungeduldig die Stunde, in der wir mit einer Nation wieder normale Beziehungen herstellen können, die zu lange unterbrochen waren und deren Wiederherstellung für den Frieden unerlässlich ist. (?!). Aber normale Beziehungen können nicht wiederhergestellt werden dadurch, daß man den nationalistischen Geist einflößt, daß man sich bewaffnet und die Revanche vorbereitet. Wenn das demokratische Deutschland es nicht versteht, dem reaktionären Deutschland seinen Willen aufzuzwingen, dann darf man nicht damit rechnen, daß die interalliierten Regierungen die Augen vor einer solchen Lage verschließen. Wir brauchen Sicherheit, um wieder arbeiten zu können. Das Deutsche Reich muß erklären, ob es eine ehrliche Erfüllung der Entwaffnungsauflagen erstreben will oder nicht. Wenn es das nicht will, dann hat es sich alle Reiben selbst zuzuschreiben, und die volle Verantwortung für die europäische Verwirrung wird ihm angedreht werden.

Auch Eric Rouvelle vertritt heute den Standpunkt Herriots und sagt, daß er nicht leichfertig den Bescheid gesagt habe, die Kölner Zone nicht am 10. Januar zu räumen. Die sehr entgegenkommende Absicht Herriots scheint rechts des Rheins nicht verstanden worden zu sein. Kein französischer Ministerpräsident könne unter diesen Umständen eine andere Entscheidung treffen als die, die Herriot unter Bewilligung von Chamberlain und Thémis getroffen habe. Man habe in Frankreich den Eindruck, daß Deutschland Hintergedanken habe und nicht „fair play“ spiele. Frankreich wolle weder auf den Frieden noch auf den Fortschritt verzichten. Das müsse Deutschland bedenken, denn man wolle es weder demütigen noch beherrschen.

### Das „Berliner Tageblatt“ zur Räumungsfrage.

Berlin. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zur Frage der Räumung der Kölner Zone: Es entspricht den französischen und den britischen Interessen, daß die Kölner Zone vorläufig nicht geräumt wird; aus diesem Grunde wird sie nicht geräumt. Nun ist man in Paris und London zu feindselig, dies brutal herauszulassen. Im Januar 1922 dienten mangelhafte Sachlieferungen (Telegraphenstangen) dazu, Verletzungen Deutschlands festzustellen. Der Damesplan hatte solche Gründe fortgeräumt, jetzt ist es die Abrüstung, die den Grund zu liefern hat. Das geht sehr gut, da man ja auch zugleich Richter ist. Die Kontrollkommission braucht nur den Befehl zu bekommen, einen unbefriedigenden Bericht abzugeben; ob sie ihn schon erhalten hat, wissen wir

nicht. Aber den Befehl hat sie erhalten, den Bericht so spät abzugeben, daß auch, wenn er günstig ausfallen sollte, die Räumung am 10. Januar nicht mehr möglich ist. Das Interesse Frankreichs an der Verlängerung der Besetzung ist das primäre, das Interesse Englands nur sekundär. Die französischen Truppen stehen noch im Ruhrgebiet. Wird Köln geräumt, so kommt die Verbindungslinie zu ihnen in deutsche Hand. Dies würde sie weiter nicht erföhren, denn es ist nicht anzunehmen, daß Deutschland diese halbierten Divisionen anreisen würde, um am nächsten Tag über alle großen Städte französische Bombengeschwader zu haben, aber die französischen Militärs mahnen sich noch immer in einer Art Kreislauf mit Deutschland. Als sich in London Herriot nach starkem Tränen von britischer Seite dazu verstand, die Ruhe wenigstens binnen Jahresfrist zu räumen, hofften viele, er werde den Befehl zur Räumung für den 10. Januar geben. Wir glauben, daß Herriot dies selber gewünscht hat, unterdessen ist die Stellung seiner Regierung noch schwächer geworden, täglich wird ihm vorgeworfen, daß er in die Ruhräumung überhaupt eingewilligt habe. Da darf er es nicht wagen, die Räumung jetzt anzuordnen, und deshalb müssen die Briten noch in Köln bleiben. Die deutschen Zeitungen hoffen, daß beide Räumungen im Mai vor sich gehen werden. So etwas kann man heute noch gar nicht sagen, es hängt doch völlig davon ab, wie dann die innerpolitische Lage in Frankreich sein wird. Chamberlain will Herriot den Gefallen tun; nicht umsonst natürlich, trotzdem es auf Deutschlands Kosten geht. Was ist die Kompensation? Sie kann an so vielen Orten liegen, daß es müßig ist, sie zu suchen.

### Stresemann zur Regierungskrisis.

Hamburg, 26. Dezember. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann stellt dem Hamburger Fremdenblatt einen längeren Artikel zur Verfügung, dem wir folgendes entnehmen:

Die seit dem Auseinanderfall des großen Kabinetts untrüben Frage ist die der Veranschlagung der Deutschnationalen zur verantwortlichen Mitwirkung am Reich. Weil ich diese verantwortliche Mitwirkung für notwendig erachte, bin ich den größten Angriffen ausgesetzt gewesen. Welche Gründe sprechen nun für diese von der Deutschen Volkspartei programmatisch schon seit dem 12. Juni d. J. vertretene Ansicht? Ist es die unaufrichtige Rechtsentwicklung der Deutschen Volkspartei, die sich von ihren bisherigen Koalitionsgenossen abwenden wollte und in einer Kampffront „Rechts gegen Links“ die Lösung der deutschen innenpolitischen Fragen erstrebte? Sicherlich nicht. Ich habe ohne Widerstand auf der Dortmunder Tagung der Deutschen Volkspartei festgestellt können, daß wir diese Scheidung in die zwei Deutschland nicht mitmachen wollen. Nichts würde mehr die Bildung einer nationalen Einheitsfront zerstören, als wenn man den Schlußsatz „Rechts gegen Links“ zur Parole in Deutschland machen wollte.

So wenig wie die Deutsche Volkspartei prinzipiell die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ablehnt, mit der sie in Preußen und in Sachsen in einer Regierung ist, so wenig sollte man auch auf demokratischer Seite und auf der Linken sich in die Idee verrennen, daß es prinzipiell unmöglich sein sollte, mit der Deutschnationalen Volkspartei zusammenzuarbeiten.

Weshalb drängt sich aber gegenwärtig die Mitarbeit der Deutschnationalen auf? Einmal aus dem Grunde, weil sie die stärkste bürgerliche Partei sind und weil es töricht ist, an dieser Tatsache vorbeigehen zu wollen. Die Deutschnationale Volkspartei hat meine Politik meist bekämpft und doch ist sie die ihre. Wir brauchen Augen- und Innenpolitik die Erziehung des deutschen Volkes zur Erkenntnis unserer realen Lage. Ich sehe kein besseres Ziel dieser Erziehung, als wenn man offiziell die Deutschnationalen einlade, ihren Anteil an der Verantwortung zu übernehmen. Sie bergen unweifelhaft auch Kräfte in sich, die für die Regierung des Staates eine Bereicherung sein würden. Kein Zweifel, daß auch sie den Weg gehen müssen, den alle Parteien gegangen sind, die an der Verantwortung teilnahmen. Der Deutsche denkt ja gar nicht außerpolitisch, ihm ist die Hauptlast die Innenpolitik. Da entsteht sofort die Frage: wie kann man diese Leute in eine rekonstruktive Regierung aufnehmen? Ist es nicht das selbe, was man früher der Sozialdemokratie gegenüber auch gesagt hat? Man sagt: Die Republik sei bedroht. Ich sehe gegenwärtig keine praktische Bedrohung der Republik.

Die großen Fragen wirtschaftlicher Natur, die jetzt bei den internationalen Handelsverträgen zu lösen sind und auch die Frage der Steuerreform, die eine Entlastung der Wirtschaft bringen muß, sind bei der dogmatischen Einstellung weiter sozialistischer Kreise mit einer sozialistisch-bürgerlichen Koalition nicht zu lösen.

Schließlich aber die Frage: Sind diese Gefahren bei der Deutschnationalen Volkspartei auf anderem Gebiete nicht in demselben Maße vorhanden? Ich bin der Meinung, daß eine Deutschnationale Partei, die in der Regierung ist, ihre Schwierigkeiten mit ihrem extremen Flügel haben wird. Aber man verzicht doch, daß die Deutschnationale Volkspartei aus den verschiedensten Gruppen zusammengesetzt ist. In ihr ist heute ein starker Einschlag der Wirtschaft, in ihr sind doch führende Köpfe, die staatspolitisch denken und die staatspolitisch das Notwendige anerkennen. Was schließlich die Außenpolitik angeht, so haben die Deutschnationalen den Satz geprägt: Die Dawes-Befehle sind bindendes Recht.

„Weihenstephan-Bier“ das Javel bayrischer Braukunst. Vertreter R. Schwade, Riesa, Fernruf 49.